

Berlin folgt Bund-Strategie: Keine Hilfe für Bürger mit Impfkomplicationen

2 Mär. 2023 18:03 Uhr

Bund und Länder sehen sich weiter nicht in der Verantwortung gegenüber betroffenen Bürgern, die sich aufgrund des massiven medial-politischen Drucks gegen das Coronavirus impfen ließen und nun über gesundheitsbeeinträchtigende Probleme klagen. Das jüngste Beispiel zeigt sich in der Hauptstadt-Politik.

© RT

Impfkampagne der Berliner Senatsverwaltung im Jahr 2021.

Im Dezember des Vorjahres hatte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zum regierungspolitischen Umgang mit dem sogenannten Post-Vac-Syndrom, also den gesundheitseinschränkenden Auswirkungen nach Erhalt der mRNA-Injektion, gestellt.

In der [Regierungsantwort](#) hieß es, dass die Politik zu diesem Zeitpunkt keinerlei Hinweise auf "einen kausalen Zusammenhang von Long-COVID ähnlichen Symptomen nach einer COVID-19-Impfung" erkennen wollte. Diese Einschätzung erfolgte bezüglich einer [Veröffentlichung](#) des Paul-Ehrlich-Instituts vom September 2022. Dementsprechend dringend benötigte Hilfestellungen seitens des Staates gestalten sich daher für Betroffene weiter als [kompliziert und aufwendig](#).

Die Berliner CDU-Abgeordnete Sandra Khalatbari erhielt nun laut der Berliner Lokalzeitung *B.Z.* vom Berliner Senat eine Antwort auf eine Nachfrage nach möglichen Unterstützungen potenzieller Impf-Opfer. Eine erste unbefriedigende Beantwortung zum Thema erfolgte zum Ende des Vorjahres. So lautet die schriftliche Reaktion der Gesundheitssenatorin Ulrike Gote (Grüne) im Dezember 2022:

"Vonseiten des Landes Berlin gibt es keine Unterstützungsangebote. Betroffene könnten sich an ihre behandelnden Ärztinnen oder Ärzte wenden."

Die aktuelle Reaktion erfolgte über Dr. Thomas Götz, Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung. Wörtlich heißt es in dem [Schreiben](#) vom 25. Januar, dass nach aktueller Wahrnehmung des Senats auch "weiterhin keine gesicherten Erkenntnisse zu den Ursachen des sogenannten Post-Vac-Syndroms" vorlägen. Erneut lautet die Empfehlung:

"Zur Abklärung von unklaren Symptomen und eventuellen unerwünschten Folgen medizinischer Maßnahmen können Bürgerinnen und Bürger primär ihre behandelnden Ärztinnen und Ärzte konsultieren. Zusätzlich können sich Betroffene mit Verdacht auf Post-Vac-Syndrom grundsätzlich auch an die Ambulanzen der Charité wenden."

Das belastende Problem für Berliner: An der Vorzeige-Einrichtung existiert weiterhin lediglich ein "Fatigue-Zentrum" (Sprechstunde für ME/CFS und Long-COVID) oder die neurologische Ambulanz. Zudem würden auch weiterhin laut dem Schreiben seitens der Senatsstellen keine diesbezügliche Daten existieren, "da es keine einheitliche Falldefinition gibt und keine Zahlen aus epidemiologischen Erhebungen für Berlin vorliegen". Die Senatsbeantwortung ergänzt diesbezüglich für betroffene Impfgeschädigte anmaßend und demotivierend:

"Die Charité führt dazu aus, dass die große Anzahl von schwerkranken Post-COVID-19-Patientinnen und -Patienten die Behandlungskapazitäten an der Charité deutlich übersteigen. Zusätzliche Angebote im Bereich von Post-Vac-Patientinnen und -Patienten können ungeachtet der im Vergleich zum Post-COVID-19-Syndrom eher geringen Zahl derzeit leider nicht unterbreitet werden."

Die *B.Z.* erinnert dabei an einen Beitrag des *rbb* vom 22. Dezember 2022. Dieser behandelte "das Leid zweier Impf-Opfer" und den Spießrutenlauf bezüglich einer Anerkennung der immensen gesundheitlichen Probleme. Im Artikel [heißt es](#):

"Für Manuela Bogdan, eine Hobby-Triathletin, die pro Woche 100 Kilometer lief, begann nach der zweiten Biontech-Impfung 'eine fürchterliche Odyssee' von Arzt zu Arzt. Niemand schenkte ihr Glauben, bis sie selbst Blutuntersuchungen für 1000 Euro finanzierte. Dann wurden ihre Impfschäden anerkannt: Leber und Schilddrüse defekt, Wasser in der Lunge, chronisch entzündeter Magen."

Der kritische [Beitrag](#) wurde mittlerweile aus der *rbb*-Mediathek gelöscht. Nachweislich unterstützte auch der Berliner Senat aktiv die Regierungspolitik bezüglich der direkten Aufforderung an die Berliner, sich gegen Corona impfen zu lassen. Berliner Schlagzeilen lauteten:

- [Berlin.de](#): "Schutzimpfungen sind die beste Möglichkeit, sich und andere vor Infektionskrankheiten zu schützen. Die Schutzimpfungen gegen das Coronavirus sind für die Bürger:innen unabhängig von ihrem Versicherungsstatus kostenlos"
- [rbb24](#): "BürgermeisterMüller kündigt Schwerpunkt-Impfungen in sozialen Brennpunkten an"
- [Tagesspiegel](#): "Berlins Gesundheitssenatorin Kalayci besorgt: 'Impfen ist eine moralische Selbstverpflichtung'"

- *Tagesspiegel*: "Gesundheitssenatorin ruft zu Booster-Impfung mit Moderna auf"
- *Morgenpost*: "Senat startet Kampagne für vierte Impfung"

Die Frage der CDU-Politikerin, ob der Berliner Senat plane, "weitere Anlaufstellen für Post-Vac-Betroffene zu eröffnen", wurde mit einem schlichten "Nein" beantwortet. Des Weiteren heißt es kurz und knapp: "Der Senat erwägt keine spezifische Unterstützung für Personen mit Verdacht auf oder Nachweis von Post-Vac-Syndrom."